

§ 1 Ernennungen

(1) Die Befugnis zur Ernennung von Beamten und Beamtinnen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (Staatsministerium) wird für den jeweiligen Dienstbereich übertragen:

1. Für die Beamten und Beamtinnen – vorbehaltlich Nr. 2 – bis zur Besoldungsgruppe A 15
 - a) dem Präsidenten oder der Präsidentin des Landessozialgerichts zugleich für die Sozialgerichte,
 - b) den Präsidenten und Präsidentinnen der Landesarbeitsgerichte zugleich für die Arbeitsgerichte ihres Bezirks,
 - c) dem Zentrum Bayern Familie und Soziales,
 - d) den Regierungen für die ihnen angegliederten Gewerbeaufsichtsämter,

2. Für die Beamten und Beamtinnen bis zur Besoldungsgruppe A 8
 - a) den Präsidenten und Präsidentinnen der Sozialgerichte,
 - b) dem Präsidenten oder der Präsidentin des Arbeitsgerichts München,
 - c) den Direktoren und Direktorinnen der Arbeitsgerichte.

(2) ¹Abs. 1 gilt nicht für Beamte und Beamtinnen, die gleichzeitig mit der Maßnahme in ein Richterverhältnis berufen werden oder sich bereits im Richterverhältnis kraft Auftrags befinden. ²Das Staatsministerium bleibt zuständig für die Einstellung von Beamten und Beamtinnen in die vierte Qualifikationsebene; hiervon ausgenommen sind Einstellungen in die Fachlaufbahnen Gesundheit sowie Naturwissenschaft und Technik.